

**Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen**  
(20. - öffentliche - Sitzung am 28. November 2018)

**Beratungsthemen:**

1. **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019 - HG 2019 -)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/1269](#) neu

Der Ausschuss schloss die Mitberatung ab. Gegenüber dem - federführenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen votierte er dafür, dem Landtag zu empfehlen, den Gesetzentwurf mit Änderungen (Vorlage 3) anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU

*Ablehnung:* GRÜNE, FDP, AfD

*Enthaltung:* -

2. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2019**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/1537](#)

**dazu:** Eingabe 00151/01/18

Der Ausschuss schloss die Mitberatung ab. Gegenüber dem - federführenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen votierte er dafür, dem Landtag zu empfehlen, den Gesetzentwurf mit Änderungen (Vorlage 9) anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, AfD

*Ablehnung:* GRÜNE, FDP

*Enthaltung:* -

Der Ausschuss votierte gegenüber dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen dafür, dem Landtag zu empfehlen, die Eingabe mit der Verabschiedung des Gesetzentwurfes für erledigt zu erklären.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* -

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Generationengerechtigkeit (2. Nachtraghaushaltsgesetz 2018)**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/2023](#)

Der - mitberatende - Ausschuss schloss der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen an, den Gesetzentwurf abzulehnen.

*Zustimmung:* SPD, CDU

*Ablehnung:* FDP, AfD

*Enthaltung:* GRÜNE

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Rechtsanwaltsversorgungswerk Niedersachsen**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/1705](#)

Der Ausschuss ließ sich von einer Vertreterin des Justizministeriums den Gesetzentwurf erläutern und führte über ihn eine allgemeine Aussprache. Er fasste ins Auge, die Einzelberatung in der Sitzung am 5. Dezember 2018 durchzuführen und dann auch die Beschlussempfehlung zu fassen, um eine Verabschiedung im Dezember-Plenum zu ermöglichen.

5. **Rechte von Transsexuellen, Transidenten, Transgender und Menschen mit entsprechender Biografie stärken**  
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1388](#)

Das Ausschussmitglied der Fraktion der FDP teilte mit, dass seine Fraktion beabsichtige, einen Änderungsvorschlag zu ihrem Antrag vorzulegen. Der Ausschuss, der vom - federführenden - Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung um Stellungnahme zu den in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Gesichtspunkten des Antrages gebeten worden war, vertagte vor diesem Hintergrund die Beratung.

6. **Schöffenamts stärken - Kommunen unterstützen**  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1359](#)

Der - federführende - Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch eine Vertreterin des Justizministeriums entgegen. Er kam überein, den Landesverband Niedersachsen/Bremen der Deutschen Vereinigung der Schöffinnen und Schöffen um eine schriftliche Stellungnahme zu dem Antrag zu bitten. Auf der Grundlage der heutigen Unterrichtung und der erbetenen Stellungnahme beabsichtigt der Ausschuss Anfang 2019 die Behandlung des Antrages fortzusetzen.

7. **Konsequenzen aus Diesel-Betrugsskandal ziehen: Wirtschaftssanktionsrecht verschärfen, Zivilprozessrecht anpassen, Whistleblower schützen**  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1394](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch Vertreter des Justizministeriums, des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung sowie des Ministeriums für Inneres und Sport entgegen. Er kam überein, die Behandlung des Antrages Anfang 2019 fortzusetzen.

8. **Konsequentes Vorgehen gegen kriminelle Familien-Clans**  
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1521](#)

Der - federführende - Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch Vertreter des Innen- und des Justizministeriums entgegen und begann mit der inhaltlichen Beratung über den Antrag.

9. **Wirkung von Zwangsmaßnahmen erhöhen - Rechtsprechung effektiv durchsetzen**  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/2028](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung, in einer der nächsten Sitzungen zu dem Antrag Stellung zu nehmen. Ferner bat er den Gesetzgebungs- und Beratungsdienst vor dem Hintergrund des Beschlusses des Verwaltungsgerichtshofes München vom 9. November 2018 - 22 C 18.1718 - um eine Stellungnahme zu der Frage, ob es möglich sei, gegen Amtsträger, die eine gerichtliche Entscheidung ignorierten, Zwangshaft anzuordnen.